Morgen-Ausgabe
No. 47 — 58. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Sonnabend, 29. Januar 1910

Täglich 2 Zeitungen
morgens und abends
für 75 Pfennig monatlich frei ins Haus.

Neu hinzutretende Abonnenten
auf die „Berliner Volks-Zeitung" machen wir darauf aufmerksam, daß unsere Botenfrauen sowohl wie die am Kopfe des Blattes erfolglichen Filialen schon jetzt Bestellungen

— für den Monat Februar —

entgegennehmen. Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint in einer Morgen- und einer Abendausgabe, also täglich zweimal, mit einem **täglichen Familienblatt** und einem 16 Seiten starken **reich illustrierten Sonntagsblatt**, und kostet in Groß-Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung frei ins Haus 75 Pfennig. Außerhalb Berlins abonniert man bei allen Postanstalten Deutschlands zum Preise von 80 Pfennig monatlich.

48,600 Abonnenten.

Reichstag

25. Sitzung vom 28. Januar.
(Schluß.)

Militäretat.

Abg. Dr. **Mugdan** (Fr. Vp.) fortfahrend: Auch die Verabschiedungsfrage fällt ins Gewicht. Weshalb muß denn ein Offizier den Abschied nehmen, bloß weil ihm ein anderer vorgezogen wird? Wenn ihn dazu das Ehrgefühl zwingen soll, ja weshalb verlegt es denn dann nicht das Ehrgefühl, wenn, wie es doch vorkommt, ein Patent vordatiert wird?! Auch durch solche Vordatierung werden doch die anderen benachteiligt! Ein Mißstand, der dabei erwähnt werden muß, ist die Art der Verkündigung der Pensionierung von Offizieren, die freiwillig auf das Recht zum Tragen der Uniformen verzichten. Die Verkündigung erfolgt so, daß das Publikum glauben muß, die Betreffenden hätten sich etwas zuschulden kommen lassen. Kann bei der Publikation denn nicht wenigstens gesagt werden: auf Wunsch!! Weiter erörtert Redner den Duellunfug und dessen Uebergreifen auf die Reserveoffiziere, also auf bürgerliche Verhältnisse. Ferner die Bevorzugung des Adels. Ueber diese Tatsache komme man nicht hinweg. Die Sache sei von Jahr zu Jahr schlimmer geworden. Die Unterscheidung zwischen

„seinen" und nicht seinen Regimentern

müsse endlich aufhören. Herr v. Byern habe vor dem Luxus gewarnt bei Einjährigen. Aber es sei doch offenes Geheimnis, daß es Regimenter gebe, nicht nur in Berlin, sondern auch in der Provinz, wo kein Einjähriger angenommen werde, der nicht einen Wechsel habe von mindestens monatlich 1000 Mark! Dieser Zwang zum Luxus erschwert es auch, das Einjährigensystem auszudehnen. Schon jetzt würden bekanntlich auch junge Leute, die das Zeugnis von der Schule nicht beibringen konnten, zum Einjährigendienst zugelassen im Falle besonderer künstlerischer oder sachlicher Befähigung. Davon werde leider wenig Gebrauch gemacht. Seine Freunde würden, um hier Aenderung zu schaffen, eine Resolution einbringen. Ein weiterer Mißstand sei die Abneigung, jüdische Aerzte als Militärärzte anzustellen. Dem Heere entgehe dadurch eine große Zahl tüchtiger Kräfte. Unsere Armee ist ein Volk in Waffen, sie soll aber nicht sein ein Teil des Volkes, das sich von dem anderen Teil absichließt. Und so lange dies der Fall ist, werden wir alle Mißstände bloßlegen, nicht um die Armee zu schädigen, sondern zum Besten der Armee und des Vaterlandes. (Bravos.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Wirtsch. Vg.): Herr Mugdan hat alles Mögliche herangezogen, was nicht hierher gehört, weil es der Kommission vorbehalten ist, zu die Frage der Nationen (Ruf links: Herr v. Byern tat das ja schon vorher!) Ja, er hat es allerdings auch getan, aber mit Sachkenntnis! (Gelächter links.) Redner nimmt dann die adligen Regimenter in Schutz und macht gegen die Heuselerschen Bemängelungen und Ersparnisvorschläge geltend, daß jedenfalls alle Ausgaben zu bewilligen seien, die die Kriegstüchtigkeit steigern. Eine zweijährige Dienstzeit bei der Kavallerie wäre nur möglich, wenn man das Ausbildungspersonal vermehre, was die Ausgaben wiederum steigern müsse! Gegen die früheren nationalliberalen Reden zum Militäretat falle die diesmalige Osannsche Rede stark ab. Man merke den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Nationalliberalen! (Gelächter links.) Es gebe nichts Schlimmeres, als wenn man einen Teil des Heeres gegen einen anderen Teil ausspiele, wie Osann es getan habe in seiner Bemerkung über die Zunahme der Mißhandlungen in dem bayerischen Kontingent! (Gelächter links.) Ja wohl, Herr Heinze, ich weiß das besser als Sie, denn ich stand vor dem Feinde, als Sie noch ein kleiner Junge waren. (Erneutes Gelächter.) Am Lachen, meine Herren, erkennt man nicht immer den Weisen. (Abermaliges Gelächter.) Redner meint dann, das Institut der Einjährigen müsse überhaupt abgeschafft werden. Die Erhöhung der Mannschaftslöhne müsse kommen sobald als möglich, und zwar in Verbindung mit einem „Sparsold", der erst nach der Entlassung in der Heimat auszuzahlen sei, damit der Entlassene nicht in der Großstadt bleibe. In einem Streifblick auf die Entwickelung der technischen Truppen bemerkt Redner unter anderem, wenn die Maschinengewehre sich nebenbei auch als „Friedensinstrumente (in Mansfeld) bewährt hätten, so könne das den Sozialdemokraten nichts schaden!

Kriegsminister **v. Heeringen:** Einer der Herren ist heute auf die schon von Herrn Osann berührte „Munitionsvergeudung" zurückgekommen. Ach, meine Herren, ein Vergeuden dorin tritt nicht ein. Ich hatte sogar schon daran gedacht, gerade dafür mit Mehrforderungen zu kommen, und nur die Etatslage hat mich daran gehindert. Der Abg. Mugdan ist auf die Verabschiedung von Offizieren gekommen. Wir prüfen jede Kritik sachlich. Aber zunächst ist nicht richtig, daß Verabschiedungen in größerem Umfange stattgefunden haben, als früher. Wird aber ein Offizier nach längerer Dienstzeit nicht mehr als geeignet gehalten, soll ein Bataillonskommdeur, der an die Grenze seiner Dienstfähigkeit angelangt ist, noch weiter gehalten werden, so würde das zu unhaltbaren Zuständen führen. Nach langen Dienstjahren hat ja doch jeder einen körperlichen Fehler. Hat er noch Aussichten, so zwingt er mit Energie alles hinunter, aber sobald er dann in einem Moment weiß, daß er doch nicht mehr vorwärts kommt, dann läßt die Energie nach. Das ist psychologisch erklärlich. Herr Mugdan sprach auch von der Entziehung des Uniformtragens und deren Verkündigung. Meine Herren, das Tragen der Uniform wird erbeten und von dem obersten Kriegsherrn als Gnade gewährt. Auf diese Gnade kann der verabschiedete Offizier nicht einfettig verzichten, vielleicht weil er etwas pecciert hat. Er muß aussehen, was er sich eingebrockt hat. Niemand darf verzichten, ehe nicht seine Wäsche absolut rein ist. Der Herr Abg. hat auch von

Duellunfug

gesprochen. Aber ein Unfug besteht nicht. Es sind binnen Jahresfrist unter den aktiven Offizieren, 70,000 an der Zahl, nur drei Duellfälle vorgekommen, unter den inaktiven neun. Der kaiserliche Erlaß von 1897 wird aber hoffentlich die Wirkung haben, das Duell noch weiter einzuschränken. Auch die Adelsfrage hat er wieder berührt. Unterschätzen Sie nicht den Wert der Tradition! Es gibt Regimenter mit Offizieren, deren Väter, Großväter, ja Urgroßväter schon in demselben Regiment standen. In diesem Zusammenhange des Offizierkorps, in dieser Tradition vom Urgroßvater her liegt auch eine Stärke für das Offizierkorps. Es führt das den Offizier im Ernstfalle durch viele Gefahren. Aber, meine Herren, eine Bevorzugung des Adels findet nicht statt. Auch nicht im Generalstabe. Auch dort wird nur auf die Tüchtigkeit gesehen. Strafgarnisonen gibt es nicht, auch nicht an der Grenze. Ein Luxus der Offiziere im großen und ganzen besteht nicht. Im einzelnen ganz gewiß. Aber auch nach dieser Richtung hin haben die letzten Jahre Remedur geschaffen. Ob unter Einjährigen solcher Luxus existiert, wie gesagt worden ist, danach werde ich mich erkundigen und eventuell Abhilfe schaffen. Herr v. Liebermann will das Einjährigenprivileg ganz abgeschafft wissen. Aber — es sind 12,000 im Jahre, also 24,000 in zwei Jahren — wir müßten dann doch der Präsenz halber für Ersatz sorgen. Das würde jährlich 24 Millionen kosten. Der Aerztemangel wird auch von uns beklagt. Aber seine Hauptursache ist doch, daß die Militärärzte nicht so ausreichig Zivilpraxis treiben können, als sie es wünschen, und mit Recht wünschen. Das Verhältnis zwischen Sanitätsoffizieren und Offizieren kann jedenfalls nie schuld daran sein, denn dies Verhältnis ist ausnahmslos gut.

Abg. **Korfanty** (Pole) spricht über Soldatenmißhandlungen. Der Redner führt Beschwerde über die Verwendung von Soldaten als Streikbrecher und Polizisten. Die polnischen Soldaten werden besonders scharf aufs Korn genommen. Einer wurde regelmäßig schlecht behandelt, bloß weil er Korfanty hieß. Die Kriegsgerichtsurteile sind meist drakonisch.

Preußischer Kriegsminister **v. Heeringen** weist die Vorwürfe gegen die Kriegsgerichte zurück. Drakonisch seien die Strafen nicht. Von 10,000 Verurteilten erhielten 9849 Strafen unter zwei Jahren Gefängnis. Die Armee hält sich frei von Politik. Die Kriegervereine sollen ebenfalls keine Politik treiben.

Abg. **Werner** (Reformp.) tritt für die Veteranen und Erhöhung der Mannschaftslöhne ein.

Abg. **Lehmann** (Jena, Wild) bedauert, daß das Großherzogtum Weimar bei der Vergebung von Garnisonen übergangen werde.

Abg. **Erzberger** (Ztr.) bestreitet, daß im vorliegenden Etat die Sparsamkeit bereits hinreichend zum Ausdruck komme. Das Zentrum habe schon in der Vergangenheit stets auf Sparsamkeit gedrungen. Es habe stets nur bewilligt, was im Interesse der Wehrfähigkeit absolut notwendig sei. Das Thema der Rationen und Pferdegelder sei ein sehr schwieriges. Aus den Angaben der Denkschrift sei zu folgern, daß bei einer Neuregelung nur Mehrkosten entstehen würden. Zu denken gebe es doch, daß beim Veterinärkorps ständig Mangel an Aerzten nicht fehle. Auch das Manko an Leutnants falle auf, namentlich in hervorragend industriellen Gegenden überrasche die große Zahl der Fehlstellen. Dringend geboten sei eine Reform des Ehrengerichtswesens. Ein Duellunfug bestehe und bleibe Unfug, auch wenn er nur dreimal im Jahre vorkomme. Den Freisinnigen sei vorgeworfen, daß sie 1906 in der Budgetkommission einen Zentrumsantrag zu Fall gebracht hätten, der für die Offiziere, die sich duelliert hätten, den Wegfall der Pension verlangte. Erfreulich sei eine Entscheidung des Militärkabinetts vom 23. Dezember 1909, wonach eine rein politische Angelegenheit eines Reserveoffiziers sich nach Auffassung des obersten Kriegsherrn für eine ehrengerichtliche Behandlung nicht eigne. Trotzdem bestehe leider das Bestreben fort, die Zuständigkeit der Ehrengerichte einzuschränken, wie Redner an dem Falle eines Arztes in Aschersleben dargelegt. Das rapide Anwachsen des Unteroffizierkorps ist in hohem Grade bedenklich.

Preußischer Kriegsminister **v. Heeringen:** Die Vermehrung des Unteroffizierkorps läßt sich nicht vermeiden. Eine zweite Kontrollversammlung ist im Interesse der Mobilmachung notwendig.

Ein freisinniger Antrag auf Vertagung wird abgelehnt.

Abg. **Noske** (Soz.) bringt Beschwerden über die Verwendung von Soldaten als Streikbrecher vor. Ebenso über Militärmißhandlungen. Auch plädiert er für Verkürzung der Dienstzeit. Er und seine Freunde wollten eine Demokratisierung des Staates. (Gelächter und Zwischenrufe rechts.) Ja, wenn Sie das nicht wollen, so reden Sie auch nicht von einem „Volksheer" bei uns!

Kriegsminister **v. Heeringen** tritt verschiedenen Aeußerungen des Vorredners entgegen. Bestreiten müsse er unter anderem, daß unser militärisches Strafrecht rückständig sei gegenüber dem französischen. Im Namen der Armee müsse er Verwahrung einlegen gegen die Behauptung, daß die Prügelei von Rekruten durch ältere Mannschaften ein von den Vorgesetzten gebilligtes „Erziehungsmittel" sei. Unterschlagungsfälle kämen in jedem größeren Betriebe vor, so auch in der Armee, aber wo sie vorkamen, würden sie bestraft. Was verlangt man mehr? Eine Erschwerung des Beschwerderechts sei von ihm nicht angeordnet. Die Zahl der Selbstmorde in der Armee sei nicht gestiegen, die Ziffer der Selbstmorde bleibe ständig niedriger, als die in der Zivilbevölkerung. Sozialdemokraten können wir als Offiziere selbstverständlich nicht brauchen, unter den Unteroffizieren auch nicht! Schimpfen sei in der Armee auch nicht Brauch! Die Strafen seien zurückgegangen, wenn das noch nicht in dem erwünschten Maße geschehen sei, so liege das auch an der Schwierigkeit des Materials. Er glaube auch, das Volk habe Vertrauen zur Armee und werde es haben, zumal in ernsten Zeiten, wie dieses Vertrauen ja auch 1870/71 nicht gestört habe. (Beifall.)

Hierauf Vertagung.
Morgen 12 Uhr Fortsetzung.

Lokales

Ende des westlichen Schnellbahnstreites in Sicht.

Jetzt scheint sich endlich der Kampf der Gemeinden Wilmersdorf und Charlottenburg um die westlichen Schnellbahnen und den Bahnhof Wittenbergplatz seinem Ende zu nähern. Der Eisenbahnminister hatte, nachdem alle seine Bemühungen, eine Einigung zu erzielen, gescheitert waren, es, wie berichtet, der Hochbahngesellschaft überlassen, einen Ausweg aus dem Widerstreit der Interessen zu finden. In aller Stille sind inzwischen die Verhandlungen der Gesellschaft mit beiden Städten geführt worden. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat die Hochbahngesellschaft jetzt ein neues Projekt aufgestellt, das von ihrem bisherigen Plan in manchen Punkten abweicht, aber gutem Vernehmen nach beiden Gemeinden die Möglichkeit gewährt, ihre Verkehrsinteressen zu wahren. In den beteiligten Kreisen hofft man, auf Grund dieses Vorschlages demnächst zu der lang angestrebten Einigung zu gelangen.

Die Neuregelung der Personen- und Gepäckabfertigung

von und nach den Berliner Vorortstationen über die wir berichteten, wird mit Beginn der Sommerfahrplanperiode — vom 1. Mai d. J. ab — in Kraft treten. Die infolge dieser Neuerung notwendig werdenden Torsteigerungen sind bereits in Arbeit. Da die meist beschränkten Raumverhältnisse der Vorortschalter nicht gestatten, Fahrkarten nach den sämtlichen Stationen der preußischen und deutschen Eisenbahnen vorrätig zu halten, werden diese zum Teil mit Blankokarten ausgestattet, die der Schalterbeamte an der Hand der neuen Tarife nach der gewünschten Station ausfertigt. Die Fahrpreise lauten ab Berlin, können aber auch von der betreffenden Vorortstation aus benutzt werden, sofern diese an der zu befahrenden Fernstrecke liegt und der fragliche Zug dort hält. Andernfalls würde sich der Reisende auf seine Kosten nach dem betreffenden Berliner Fernbahnhof (eventuell nach einer ihm bequem liegenden Vorortstation, auf der sein Zug Aufenthalt nimmt) begeben müssen. Sein Reisegepäck wird aber, auf Grund der Fahrkarte, direkt nach der Bestimmungsstation abgefertigt, sodaß der Reisende der Sorge um dieses gänzlich enthoben ist.

Reform auf der Hochbahn. Eine Verkehrserleichterung hat die Hochbahngesellschaft jetzt eingeführt. An den Bahnsteigsperren sind besondere Kästen für Fahrgeldnachzahlungen angebracht worden. Wenn ein Fahrgast, sei es unabsichtlich, sei es, weil er unterwegs seine Reiselust geändert hatte, weitergefahren war, als seine Fahrkarte erlaubte, so brauchte es bisher der Nachlösung einer besonderen Zuschlagskarte, die nur bei dem Bahnsteigwärter zu haben war. Der Fahrgast mußte daher jedesmal den Weg nach der Mitte des Bahnsteigs zurücklegen. Die damit verbundenen Unbequemlichkeiten und Zeitverluste werden durch die neue Einrichtung beseitigt. Man wirft einfach in das eine Fach des Kastens die Fahrkarte und in das andere den nachzuzahlenden Geldbetrag; beides bleibt durch kleine Glasscheiben dem Fahrgast wie dem Bahnschaffner so lange sichtbar, bis dieser es nach Prüfung durch einen außen am Kasten angebrachten Griff in die untere Abteilung des Kastens befördert hat.

Die Vorgänge im Virchow-Krankenhaus beschäftigten gestern abend die von der Krankenhausdeputation eingesetzte Kommission, die an Ort und Stelle die Verhältnisse untersucht und alle beteiligten Personen über die bekannten Vorfälle vernommen hat. Wie wir hören, machte sich die Kommission über den Bericht schlüssig, den sie der Krankenhausdeputation in ihrer nächsten Sitzung erstatten wird. Von der Stellung der Krankenhausdeputation wird es abhangen, ob die Vorgänge im Virchow-Krankenhaus eine Debatte im Plenum der Stadtverordneten hervorrufen werden.

Das Ortsstatut für den Heimatschutz oder — wie es offiziell heißt — gegen die Verunstaltung von Straßen und Stadtteilen Berlins wird wahrscheinlich erst am 1. April in Kraft treten. Nachdem Magistrat und Stadtverordnete das Ortsstatut beschlossen hatten, wurde es dem Oberpräsidium zur Genehmigung unterbreitet, und dieses hat es, wie wir hören, dem Berliner Polizeipräsidium zur Begutachtung überlandt. Die Prüfung des Ortsstatuts findet gegenwärtig statt. Erst nachdem sie beendet, ist die Genehmigung des Ortsstatuts durch den Oberpräsidenten zu erwarten.

Kleine Notizen. Der Wilmersdorfer Magistrat beabsichtigt eine moderne Badeanstalt zu erbauen und wird, wie wir hören, dafür eine Summe von 300,000 Mark als erste Quarate in den neuen Etat einstellen. — Der Berliner Magistrat hat gestern den Magistratsassessor Dr. Mierich auf Lebenszeit als Magistratsrat angestellt. — In der heute auf dem St. Georgen-Friedhof stattfindenden Beerdigung des Rentiers Ludwig Feitler wird der Berliner Magistrat durch den Stadtrat Bohm und die Stadtverordnetenversammlung durch die Stadtverordneten Liebenow und Waldeck-Mansfeld vertreten sein.

Aus der Haft entlassen. Der 27jährige Ungar Josef Fodor, der, wie wir gestern mitteilten, am Abend des Geburtstages des Kaisers von Kriminalbeamten festgenommen wurde, da er in dem Verdacht stand, einem jungen Mädchen Unter den Linden den Zopf abgeschnitten zu haben, ist gestern nachmittag wieder aus der Haft entlassen worden. Ein Anhalt für seine Täterschaft hat sich bei seiner eingehenden Vernehmung nicht ergeben. Es scheint vielmehr eine Personenverwechselung vorzuliegen. Das in seinen Taschen vorgefundene Pulver, das anfänglich für Gift gehalten wurde, hat sich als Paprika herausgestellt und war zum Würzen von Speisen bestimmt. Bis jetzt hat das Mädchen mit dem abgeschnittenen Zopf der Polizei eine Anzeige noch nicht erstattet.

Für 10,000 Mark Brandschaden. In dem Engros Kurz- und Galanteriewarengeschäft M. Reich in der Rosenstraße 15 brach gestern abend Feuer aus. Unter dem parterre belegenen Verkaufsladen hatte die Firma in vier mit einander verbundenen Kellerabteilungen große Warenvorrate angehäuft. In einem dieser Räume entstand das Feuer, das rasch umsich griff und bald den angrenzenden Raum ergriff. Die Feuerwehr hatte anfangs einen schweren Stand. Nur unter Anwendung von Rauchhelmen war es möglich, zum Brandherde vorzudringen. Erst nachdem für den Abzug des Rauches gesorgt war, konnte die Ablöschung mit drei Rohren erfolgen. Zwei Keller mit Warenvorräten im Werte von etwa 10,000 Mark brannten vollständig aus, doch konnten die übrigen Lager gehalten werden. Die Aufräumungsarbeiten nahmen fast zwei Stunden in Anspruch. Die Ursache des Feuers ist noch nicht festgestellt.

Der Verein der Bankbeamten in Berlin hat in den verflossenen Monaten außerordentlich zugenommen. Im letzten Vierteljahr betrug die Zunahme an neuen Mitgliedern 750 und bis jetzt 950. Der Verein der Bankbeamten, der heute über 5000 Mitglieder verfügt, ist die stärkste Interessenvertretung von allen Berliner Bankbeamten. Beachtung verdienen ferner seine vielen Einrichtungen, vor allem seine Fachschule, die vielen kaufmännischen Organisationen des In- und Auslands, Rußland, Oesterreich als Vorbild gedient hat. Die Vorlesungen in der Fachschule haben vor einigen Tagen begonnen.

Das Verzeichnis der Vorlesungen und Unterrichtskurse ist jederzeit im Bureau des Vereins, Berlin W., Französischestraße 57/58 erhältlich.

Der Demokratische Verein Schöneberg-Friedenau veranstaltet heute abend 8½ Uhr im „Schwarzen Adler", Hauptstraße 144 eine öffentliche Vereinsversammlung. Thema: „Arbeitslosenversicherung". Referent: Dr. Graeger.

Der Kaufmännische Hilfsverein zu Berlin, E. V. veranstaltet nächsten Sonntag, mittags 12 Uhr im Mannehaus, an der Jannowitzbrücke, eine Versammlung. Reichstagsabgeordneter Dr. Potthoff spricht über „Stand und Aussichten der Privatangestellten-Versicherung". Die Reichstagsfraktionen, Ausschuß der Handelskammern zu Berlin und Potsdam, die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin, der Handelsrat, die hiesigen Kaufmannsgerichte sowie die Mitglieder aller hiesigen kaufmännischen Vereine sind eingeladen.

Freireligiöse Gemeinde. Am Sonntag den 30. d. M. vormittags 9 Uhr findet in der Pappelallee 15/17 eine freireligiöse Vorlesung statt. Vormittags 11 Uhr spricht in der Kleinen Frankfurter Straße 6 Herr M. H. Baege über „Entwicklungsgeschichte der Gottesidee." Damen und Herren sind als Gäste willkommen.

Das diesjährige Kostümfest des Berliner Handwerkervereins, Sophienstraße 18 findet am Sonnabend im großen Vereinsfestsaale und Nebenräumen statt, und zwar „Ein Rosenfest an der Riviera". Anfang 9 Uhr.

Aus den Vororten

Der Demokratische Verein zu Köpenick hielt am 26. d. M. im Restaurant „Zum Dampfschiff" seine diesjährige Generalversammlung ab. Den Jahresbericht erstattete Herr Foth und den Kassenbericht Herr J. Jakobi. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Fellina L. Vorsitzender, Foth 2. Vorsitzender, Jakobi, Schriftführer, Nietschke Kassierer. Jakobi, Leute, Schrabiewsky Beisitzer. Feder, Eyermann, Fuchs, Dietrich, Schradiewsky Beisitzer. Nach Erledigung der Vorstandswahl hielt Herr Foth einen Vortrag über die Umgestaltung des höheren und des Volksschulwesens. Er betonte, bei der Errichtung einer höheren Schule dürfe nicht allein das Lokalinteresse, auch nicht das Berechtigungswesen, sondern das